



Mainz, den 03.04.2025

Pressemitteilung 03/25

Landesärztekammer Rheinland-Pfalz fordert Rücknahme der Cannabis-Teil-Legalisierung

Die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz fordert die kommende Bundesregierung auf, die vor einem Jahr vollzogene Teil-Legalisierung von Cannabis zurückzunehmen. „Dieser Schritt Jahr war, ist und bleibt ein großer Fehler“, sagt der Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz, Dr. Günther Matheis. „Der Bundesgesundheitsminister hat damit einer Substanz freie Verfügbarkeit eingeräumt, von der wir wissen, dass sie hirnorganische Veränderungen hervorruft, zu Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen führt sowie Abhängigkeiten und psychische Veränderungen auslösen kann.“ Suchtmediziner weisen zudem darauf hin, dass Psychosen nicht das einzige Gesundheitsproblem sind: Auch die Wahrscheinlichkeit an einer Depression, Angststörung oder bipolaren Störung zu erkranken, ist bei regelmäßigem Cannabis-Konsum im Jugendalter höher. Diese Probleme würden weiterhin in der politischen Diskussion verharmlost.

Ziel einer verantwortungsvollen Gesundheitsvorsorge müsse es vielmehr sein, die Verbreitung suchtauslösender Substanzen einzuschränken. Dazu sei unter anderem mehr Aufklärungsarbeit an Schulen notwendig, so Matheis. Zugleich fehle ein Lösungsansatz, wie die Weitergabe an Jugendliche unter 18 Jahren verhindert werden soll. Denn die Erfahrungen mit Alkohol zeigten, dass es für Jugendliche kein Problem ist, an legalisierte Drogen zu kommen.

„Die Vorstellung, dass durch Regulierung, Legalisierung und Entkriminalisierung der Schaden verringert wird, ist nicht belegt“, so Matheis weiter. Erfahrungen aus anderen Ländern deuten auf einen erhöhten Konsum, mehr Fälle in den Notaufnahmen und einen steigenden psychiatrischen Behandlungsbedarf hin.

Generell hat sich die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz von Anfang an gegen die Legalisierung von Cannabis ausgesprochen. Daran hat sich auch ein Jahr nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung nichts geändert. Deshalb fordert die Landesärztekammer die kommende Bundesregierung auf, das Gesetz umgehend rückgängig machen.

1

Rückfragen? Interviewwünsche?

Michaela Kabon

Tel. 06131-28822-34

E-Mail kabon@laek-rlp.de

Christopher Schäfer

Tel. 06131-28822-36

E-Mail schaefer@laek-rlp.de

Diesen Text finden Sie im Internet unter www.laek-rlp.de
Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#), [Instagram](#) und [LinkedIn](#)